

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strasse 6/8, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche zu Woche M. 1.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Abgabepreis beträgt für die einjährige Colonietelle oder deren Raum 30 Pf. Doppelte unter Text 1 M. Auf. für Arbeitsmarkt, Berlin u. Veramml. 15 Pf. Familien-Nachrichten 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 112.

Breslau, Montag, den 15. Mai 1916.

27. Jahrgang.

Der Lebensmittel-General!

Worte eines Polizeipräsidenten.

Der Lebensmittel-Oberherrscher.

Er ist im Kommen: der Lebensmittel-General, der von erhöhtem Posten aus der Anarchie auf dem Lebensmittelmarkt ein Ende macht und die geordnete Ernährung der Massen sicherstellt. Wir verzeichnen darüber folgende Nachrichten:

Berlin, 14. Mai. Die „Adnische Zeitung“ meldet halbamtlich aus Berlin: Es sind Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die völlige Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen ist. Diese Vereinheitlichung wäre im Kern so zu denken, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen einer einzigen Person zu übertragen wäre, von deren zielbewußter Kraft eine rücksichtslose Durchführung der umfassenden Aufgaben erwartet werden kann. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die Entscheidung darüber bereits in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Angesichts der nunmehr vorhandenen Gewißheit, daß der längst ins Auge gefaßte Schritt einer völligen Zentralisierung aller die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Verteilung der Nahrungsmittel betreffenden Maßnahmen durch Übertragung der Handhabung dieser sämtlichen Maßnahmen an einer Personlichkeit, der damit ganz außerordentlich weitgehende Befugnisse zufließen, bedenklich ist, man geneigt, zu fragen: „Warum ist das nicht längst geschehen?“ und verzweifelt darüber, daß es bis zu dieser vollkommenen Vereinigung der Bundesstaaten zusehenden Befugnisse in einer Hand galt, Widerstände und staatsrechtliche Bedenken zu überwinden, die erst schwächer wurden, als es sich herausstellte, daß ein solch ungewöhnlicher Schritt im Interesse der Durchführung der gemeinsamen großen Aufgaben unumgänglich nötig war.

Damit soll durchaus nicht geleugnet werden, daß es sachlich besser wäre, man hätte diesen Schritt früher getan. Blickt man auf die Entwicklung zurück, so stellt sich der nunmehr erfolgende letzte Schritt als ein heiliges Werk später dar, aber die rückwärtige Betrachtung wird weder den Erhebungen gerecht, die zu machen, noch den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren.

Man darf bestimmt annehmen, daß die Persönlichkeit, der diese geschichtlich unerhörte Aufgabe übertragen wird, auf der Höhe der Verwaltungstalent und der nötigen Eigenschaften des Charakters steht. Denn was in dieser Stellung geleistet wird, das hängt ganz von der Persönlichkeit ab. Daß die neue Maßregel mit dem Ausscheiden des Staatssekretärs zusammenfällt, ist, wie wiederholt sein möge, Zufall. Die Volkswacht gibt die Gründe des Rücktritts des Bundesrats mit der Genauigkeit eines ärztlichen Gutachtens an.

Bei dem Lebensmittel-Gewaltshaber handelt es sich natürlich nicht um einen Diktator in dem Sinne, daß das neue Amt und sein Träger über die verfassungsmäßigen Instanzen der Reichsverfassung, über den Reichstag, den Bundesrat und den verantwortlichen Reichskanzler emporgehoben werden soll. Sondern es handelt sich um die Schaffung einer Zentrale, die von oben nach unten durchgreifend wirkt und in ihrer Tätigkeit weder durch partikularstaatliche noch durch kommunalpolitische Schwierigkeiten gehemmt wird. Die Regierungen der Einzelstaaten und die Gemeindeverwaltungen sollen die ausführenden Organe dieser Zentrale sein, und nicht nur der gesamte zivile Verwaltungsapparat einschließlich der Polizei, sondern auch die militärische Mithilfe sollen zu ihrer Verfügung gehalten werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist es ziemlich gleichgültig, ob der Leiter des Amtes dem Zivilbeamtenstande oder dem Militär entnommen wird; Hauptsache ist, daß er weiß, was er will und daß er organisieren kann.

Der Organisationsplan hat bei der Produktion selbst zu beginnen. Für das kommende Wirtschaftsjahr sind der Landwirtschaft bezirksweise die ihr zukommenden Leistungen zuzuwenden, sodas die Summe der Leistungen die Deckung des vorausgesehenen Gesamtbedarfs ermöglicht. Die Verteilung der Produkte muß auf dem kürzesten und billigsten Wege unter tunlichster Ausschaltung jedes Zwischenhandels erfolgen. Hat die staatliche Verwaltung die Regelung der Produktion und die Verteilung der Produkte zu besorgen, so ist es dann Sache der Gemeindeverwaltung, diese Produkte in möglichst verbrauchsfähigem Zustand an die Verbraucher zu bringen. Der ganze Weg aber von der Ackerfurche und vom Stall bis zur Kleinverteilung und zur täglichen Rast unter der Aufsicht der Zentrale selbst.

Das sind tüchtige Vorschläge, wie sie zu Friedenszeiten auch ein Sozialist für die unmittelbare Gegenwart kaum gewagt hätte. Heute sind sie geistiges Allgemeinut der Ge-

samtheit, unmittelbar zwingende Gegenwartsforderungen geworden, denn das Gefühl ist allgemein, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Es geht nicht weiter mit Bundesratsverordnungen, die von Land zu Land, von Stadt zu Stadt verschiedene Auslegung und Durchführung finden. Es geht nicht weiter mit einem System, das es jeder Instanz ermöglicht, die Schuld an allgemein empfundenen Mängeln einer anderen Instanz aufzubürden. Es ist unmöglich, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Hat man sich einmal zu tief einschneidenden Maßregeln entschlossen, dann muß das Reich schließlich die Verantwortung für den gesamten Wirtschaftspraktik übernehmen.

Jetzt wird darüber gestritten, wo der geeignete Mann dazu zu finden ist. Von einem Zivilbeamten erwartet man tiefere Kenntnis des gesamten komplizierten Wirtschaftsgewerbes, von einem General unbekümmerteren Blick für großstaatliche Notwendigkeiten und energischeres Zugreifen. Der Mann, der das Amt richtig verwalten soll, muß aber beide Eigenschaften miteinander verbinden. Das Schlimmste wäre es, wenn man die Personalfrage rein formal lösen, einen General neben einen Zivilbeamten, einen Frack neben die Uniform setzen wollte. Dadurch würde nur noch mehr Verwirrung und Verwirrung gestiftet. Es ist aber notwendig, endlich einmal genau zu wissen, wer im deutschen Hause Koch und wer Kellerer ist.

Eine Herrennatur muß es sein?

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Der Mann, der auf diesem Posten wirklich das leisten soll, was das Volk von ihm erwartet, muß eine Herrennatur sein, einer, der den Mut hat, schnell anzuordnen, und den noch viel größeren Mut, eventuell freiwillig zu widerrufen. Ein deutscher Mann teilt weder Macht noch Verantwortlichkeit gern mit anderen. Es würde uns wundern wenn sich aus der geplanten Zweiteilung der Macht nicht schon bei der Auswahl der Personen Schwierigkeiten ergeben würden. Ein harter Mann macht keine halbe Sache. Jedenfalls ist es die höchste Zeit, daß ohne große Furcht vor dem Ausland „Diktatur“ die Sache selbst ins Leben gerufen wird, damit endlich die offensiblen Mißstände beseitigt werden. Das ist nicht nur eine Forderung im Interesse der Wohlfahrt der deutschen Bevölkerung, sondern ist vor allem eine außenpolitische Notwendigkeit. Das Ausland blickt aufmerksam auf die Entwicklung der Verhältnisse auf dem deutschen Lebensmittelmarkt.

Wie sieht die neue Behörde aus?

Berlin, 15. Mai. Alle Mütter beschäftigen sich mit der als nahe bevorstehend bezeichneten Einrichtung einer Reichsbehörde, der die wichtige Aufgabe der Lebensmittelverteilung über das ganze Deutsche Reich übertragen werden soll. Die neue Behörde soll, wie der „Volksanzeiger“ erfährt, keineswegs mit diktatorischer Gewalt ausgestattet werden, sondern von den Beauftragten des Bundesrates abhängig sein. An ihrer Spitze würden eine oder zwei Persönlichkeiten stehen, die mit unbefchränkter Befugnisse für die Durchführung der Beschlüsse des Bundesrates versehen sein sollen. Sollte die Leitung der Behörde doppelköpfig werden, so würde sie wohl einem General und einem Zivilbeamten zufallen. Eine an leitender Stelle stehende Persönlichkeit äußerte sich laut „Volksanzeiger“ dahin, daß ohne Zurücknahme des Belagerungszustandes eine durchgreifende Reform einfach nicht möglich sei.

In der „Kreuzzeitung“ heißt es: Man scheint sich also endlich an maßgebender Stelle zur Errichtung einer Lebensmittel-Diktatur entschlossen zu haben, in der Einsicht, daß eine solche starke und energische Zentralisierung die Abheilung der vorhandenen Mißstände erhoffen läßt.

Essentielle Zentralfächen?

Richard Salver schreibt über die Aufgaben des Lebensmittelgenerals: Das Hauptaugenmerk muß auf die Ernährung der städtischen Bevölkerung gerichtet werden. Hier gibt es, so wie die Dinge nun liegen, nur den einen Ausweg aus den Verlegenheiten und Schwierigkeiten: die städtische Bevölkerung muß unter Zugrundelegung einer knappen Nahrungsmittelration aus essentiellen Zentralfächen gespeist werden. Noch vor etwa einem halben Jahre lagen die Verhältnisse so, daß man eine gänzliche Ausschaltung der privaten Ernährung noch nicht ins Auge zu fassen brauchte, heute aber werden wir gut tun, daran zu denken, daß diese Ernährungsweise für die städtische Bevölkerung unumgänglich notwendig werden wird. Daß die Lösung dieser Aufgabe fröhlich in Anarchie gemauert werden mag, das ergibt sich aus den Schwierigkeiten ihrer Durchführung.

Worte eines Polizeipräsidenten.

Der Münchener Polizeipräsident, Freiherr v. Grundherr, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung eine scharfe Anklage gegen das Wohlleben und die Verschwendungssucht gewisser Volksschichten gehalten, und diesem Treiben die Entbehrungen gegenübergestellt, die die Kriegerfamilien und die Truppen an der Front auszustehen haben. Nach einem Bericht der Berliner „Tägl. Rundschau“ sagte er unter anderem:

„Das Urteil des tapferen Feldgrauen Klingt hart, aber seine Gefühle sind begreiflich. Man darbt gern für Freunde der Einfachheit und Mäßigkeit, man stirbt gern für deutsche Schlichtheit und deutschen Idealismus. Aber für Wucherer und Genusslüchtige, oberflächliche Lebemänner und Hamster, für eitle kokette Frauen Opier zu bringen, fällt schwer, weil sie der Opfer nicht würdig sind.“

„Ich stelle folgendes gegenüber: Musikveranstaltungen am Nachmittag in den Kaffeehäusern, wo auf gepuhte Frauen, Mädchen und Kinder, gepaart mit leichtsinnigen Lebemännern, um teuren Preis in Heppigkeit schwelgen. Auf der anderen Seite die 4000 bis 5000 Kriegerfrauen und Kleingewerbetreibenden, die sich an jedem Markttag in den frühesten Morgenstunden, schon von 1 Uhr ab, am Viktualienmarkt ansammeln, um am nächsten Morgen in der Freibank ein Stück Fleisch um einen Preis zu erhalten, den sie erschwigen können. Geduldig und ohne Murren harren sie sechs bis acht Stunden, bei jeder Bitterung, bis die Reihe an sie kommt! Und wenn, wie dies fast regelmäßig der Fall ist, für 300, 400 oder 500 nichts übrig bleibt, so fügen sie sich ruhig in ihr Schicksal. Diese Armen und Kermessen üben Selbstdisziplin und Zurückhaltung.“

Ich verweise auf das Wohlleben vieler reicher Familien, für die der Krieg nicht zu existieren scheint. Sie halten ihre Gastereien wie im Frieden, und gewinnlüchtige Geschäftsleute ermöglichen diese Schlemmereien durch heimliches Zusenden der nötigen Lederbissen.

Ermähnen möchte ich ferner einige Lebemänner, die es verstanden haben, ihre Unabkömmlichkeit nachzuweisen und dann neben ihrem Wohlleben ausschließlich dem Jagdsport und sonstigen Vergnügungen huldigten. Das liebe Ich war ihre einzige Sorge. Es ist gelungen, sie in den Schützengraben zu versetzen.

Ich könnte viel erzählen von dem Treiben in den Bars und Animierteipen, von nächtlichen Gelagen und wilden Zechereien und grenzenloser Verschwendung, von Fällen, die in unserer ersten Zeit zum Himmel schrien.

Ich erinnere an die Wucherer, für die Vaterlandsliebe und deutsches Pflichtgefühl aufhören, wenn ihr Geldbeutel in Frage kommt. Eine wirtschaftliche Vereinigung Münchens hat erst kürzlich geschrieben: „Die Preisangebote, die sogenannte große Handelsgesellschaften und Großfirmen stellen, überrufen mitunter den schamlosesten Wucher, den man sich denken kann. Es werden knappe Artikel zu furchtbaren Preisen angeboten.“

Diesem gefährlichen Treiben muß gesteuert werden. Einzelne Firmen haben riesige Mengen von Lebensmitteln in der Hand und erzielen ganz ungeheure Gewinne. Hierunter fallen insbesondere auch die gewissenlosen Verfetteten völlig wertloser Ersatzstoffe für Lebensmittel, die sie in schwindelhafter Reklame zu abenteuerlichen Preisen anbieten. Es dürfte bekannt sein, daß in letzter Zeit große Mengen von Gemüse, Wagenladungen von Kraut aus Holland, Hunderte von Jentnern von Rüben die einzelnen Händler in ihren Kellern zurückgehalten hatten, um aus der Preissteigerung der Gegenwart Nutzen zu ziehen, politisch beseitigt werden mußten, weil sie verfaul und ungenießbar geworden waren.“

Ziesraurig ist die Tatsache, daß in dem letzten Winter in einem unserer schönsten oberbayerischen Gebirgsorte ein so lockerer Ton und ein derartiges Genussleben sich entwickelt hatte, daß die Gegendverwaltung davon absehen mußte, erholungsbedürftige Offiziere und Soldaten dorthin zu senden. Bezeichnend ist, daß an einer Klosterkirche im Alpenvorland der Anschlag zu lesen war: „Das Betreten der Kirche in außersittlicher Kleidung, d. h. in zu weiten und kurzen Hosen, ist verboten.“

Natürlich treibt auch der Teufel Alkohol sein Unwesen. Es gibt in München immer noch Leute, die täglich ihre acht bis zehn Liter Bier haben müssen, und die sich

Das Strafgericht.

London, 11. Mai. Das Oberhaus nahm die Resolution...

London, 14. Mai. Im Unterhause sagte Unterstaatssekretär Tennant...

In der Debatte beantragte Dillon (Nationalist), daß die Regierung ihre Absichten über die Fortdauer des Krieges...

Nachdem Aquith, wie bereits gemeldet, gesprochen hatte, sagte Health, unabhängiger Nationalist...

Die Waffenablieferung.

Berlin, 14. Mai. Der Auforderung des Generals Maxwell an die Sinnverwirrer, ihre Waffen innerhalb zweier Tage...

In London überwiegt man in nächster Zeit einen Generalstreik der irischen Arbeiter...

London, 14. Mai. (Reuter.) Aquith geht morgen nach Belfast, dem Hauptort von Ulster...

Irland und Amerika.

New York, 14. Mai. (Durch Funknachricht des Vertreters des B. I. C.) Im Repräsentantenhaus brachte Eyer, der Vertreter von Missouri...

Christel.

Ein Scherzroman von Maria Linden.

Erner lob seinen Stehling in die Höhe, berzte und küßte ihn und sagte: Das Kindel ist wie aus dem Ei gepellt...

Die Resolution ging den gewöhnlichen Weg in die Kommission; sie wurde nicht in der Vollversammlung verhandelt.

Eine Washingtoner Depesche der „Evening Post“ befragt: Wenn die englische Regierung sich überhaupt um die Meinung Amerikas kümmern will...

Die Bergarbeiter gegen die Dienstpflicht.

London, 12. Mai. Eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien nahm mit 533 000 gegen 135 000 Stimmen eine Resolution an...

Japan bleibt bei den Verbündeten.

Kopenhagen, 13. Mai. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: Im Zusammenhang mit den umlaufenden Gerüchten über ein bevorstehendes russisch-japanisches Abkommen...

Die Kämpfe in Afrika.

London, 14. Mai. (Reuter.) General Smuts meldet bezüglich der deutschen Truppen entfallen unter der persönlichen Führung von v. Lettow-Vorbeck...

In einem noch unbestimmten Bezirk wird gemeldet, daß belgische Streitkräfte in Ruanda bis Kigali vorgezogen sind...

London, 13. Mai. Wie das Reutersche Bureau aus Moskau in Ostafrika vom 11. Mai meldet, wiederholte der Feind gestern seine Angriffe bei Moundou-Frangi...

Die Feuerung in Rußland.

Kopenhagen, 14. Mai. Nach einer Meldung der National Tidende aus Petersburg hat eine Versammlung von Vertretern sämtlicher Vorken und der verschiedenen Erwerbszweige Rußlands...

Schwedens auswärtige Politik.

Stockholm, 13. Mai. Meldung des schwedischen Telegramm-Bureaus. Die Sozialdemokraten hatten im Reichstage die Einbringung zur Verberührung eines engeren Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Reichstag...

Die Behandlung der Gefangenen.

Stockholm, 13. Mai. Prinz Karl von Schweden und Vertreter des deutschen, österreichischen, ungarischen, dänischen, russischen, schwedischen und schweizerischen Roten Kreuzes unterzeichneten heute ein Protokoll...

Die 529. amtliche Verlustliste.

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Jäger-Regimenter...

Aus aller Welt.

Vom Massenmörder Bela Kís.

Die polizeiliche Untersuchung in der Czinkolacz-Krauenmordaffäre wendet auf Schritt und Tritt neue Beweise für die schreckliche Schuld des Alpennermörders Bela Kís zu...

Gulastlanonen in Charlottenburg werden am 15. Mai im Betrieb genommen.

Die Gulastlanonen werden von 11 1/2 Uhr ab ihr schmackhaftes Essen abgeben. Das Essen wird in Portionen zu 1 Liter für 25, 1 1/2 Liter zu 35, 2 Liter zu 50, 2 1/2 Liter zu 60 Pfennigen und 3 Liter zu 75 Pfennigen...

Entgelt. Freitag von Mittag gegen 9 Uhr entgleiste bei der Durchfahrt des Zuges 7342 durch den Bahnhof Barmer-Deubruich ein fremder Wagen...

Beschränkter Bierauschank in Bayern. Die bayerischen Generalkommandos haben in Anbetracht der herrschenden Viecknappeheit, um für die Enttarebeiten genügend Bier zur Verfügung zu haben...

Eine französische Kerzenfabrik niedergebrannt. Der Lyoner „Nouveliste“ erzählt aus Marseille, daß ein Großfeuer die dortige Wachskerzenfabrik von Kournier zerstörte...

gleich aus der Haut fahren! Wenn man nicht reich ist, dann lohnt es sich ein garlich zu leben! Wenn man ein gutes Gewissen hat, dann kann man die Armut schon ertragen!... Erner grüßte. Auf einen Vater Wintermisch soll es mir nicht ankommen...

Erner grüßte. Auf einen Vater Wintermisch soll es mir nicht ankommen, aber sagen Sie auch den Leuten, daß der Vater hier wie ein Hufe geblühdert hat. Ich grüße, Herr Erner, gewiß sag' ich das...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Mai.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau

wird Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Hauptrestaurant des Gewerkschafts...

Die Ernährung des Volkes.

Eine große Kundgebung für eine geordnete Volks-ernährung veranstaltete am Sonnabend in Berlin der Vor-

Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, des Reichs- und Landesabgeordnete und auch viele Damen bilden die zahlreiche Zuhörerschaft.

Die notwendigen Lebensmittel sind gegenwärtig und für jede Anzahldauer im deutschen Reich ausreichend vorhanden.

Mit Vertrauen werden wir einer einheitlichen Verwaltung des Volksernährungswesens umsomehr entgegengehen, wenn es ihr gelingt, allen örtlichen Sonderbestrebungen und Abweichungen, die mit dem Reichsgedanken in Widerspruch stehen, ein endgültiges Ziel zu setzen.

Die Freie Vaterländische Vereinigung verfolgt daher weiterhin den Weg, den sie mit ihrer Stimmensmehrheit vor-

24. Februar und ihrer Weimarer Erklärung vom 25. Juli 1915 hoffnungsvoll betreten hat.

Wir können nur hoffen und wünschen, es möge endlich gelingen, allen Lebensmittelwucherern und allen Hamstern gründlich das Handwerk zu legen.

Inland- und Ausland-Butter.

Die Stadtverteilungsstelle des Magistrats schreibt uns: Aus der Bürgerchaft sind wiederholt Klagen über die Verteilung der Inlandbutter und Aus-

Der Uebelstand, der zu diesen Beschwerden Anlaß gibt, beruht aber auf Verhältnissen, auf die dem Magistrat eine Einwirkung nicht möglich ist.

Die Butterverteilungsstelle ist dabei bemüht, die Inlandbutter, soweit sie für die Versorgung der in den Vorstädten mit ärmerer Bevölkerung liegenden Geschäfte zu geben.

In Aussicht genommen ist, den bestehenden Uebelstand durch Festsetzung eines Einheitspreises für Inlandbutter und Auslandbutter zu beheben.

Der Höchstpreis für Speisequart. Es ist die Vereinbarung gemacht worden, daß die Höchstpreise für Speisequart in Breslau fast durchweg überschritten werden.

Bundesratsfestsetzung Speisequart mit einem Wassergehalt von höchstens 75 vom Hundert zum Ladenpreis von höchstens 50 Pfg. für ein Pfund verkauft werden darf.

Für Büchsenwurst gilt der Höchstpreis.

Der Magistrat teilt mit: Die für Büchsenwurst festgesetzten Höchstpreise gelten auch für solche Wurst, die in Blechbüchsen gefaselt wird.

Verkauf von Kaffee-Ertrag.

Der Magistrat schreibt uns: Es ist wiederholt vorgekommen, daß der Verkauf von Kaffee-Erträgen durch die Verkäufer vereinzelt worden ist, wenn nicht zugleich Kaffee entnommen wurde.

Zucker für Gast- und Schankwirtschaften.

Der Magistrat teilt mit: Die Abrechnung unter Ziffer 1 der Aufwands des Magistrats vom 22. April 1916 ist nun eingeleitet.

Die Kartoffelverteilung in Breslau.

Mit der Kartoffelverteilung hat der Magistrat die Kartoffelverteilung in Breslau...

Vor einem Jahre. 15. Mai: Englische Angriffe bei Neuve Chapelle und französische Angriffe an der Loretohöhe, bei Souchez und Neuville angeklagen.

Thalia-Theater.

Gespieldes des Kölner Thalia-Theaters. „Lisel Bernhardt“.

Die Aussicht auf einen untrüblichen Abend sollte gleich am ersten Tage ein sehr zahlreiches Publikum angelockt und sie kamen alle aus der Reichshauptstadt.

Lebend zu ermahnen sind noch die Herren Sigold (Hain), Marten (Paul) als Ehre, Bendendorf als Schwiegermutter und Hof, wie Linden als Tochter Würzburgers.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum ersten Male: „Die Kaiserin“ Operette in 3 Akten von Hammer und Grünwald. Musik von Leo Fall.

wahner interessiert, daß sich in dem neuen Stücke eine förmliche Perfekte-Modifikation entwickelt, ohne daß man die Absicht gewahrt.

Die Musik, welche Fall beigesteuert hat, paßt sich dem Inhalt des Werkes aufs genaueste an, sie vermeidet das Triviale und auch das Sentimentale, namentlich ihre ungeheure Gefühlswelt.

Zensurfragen vor der Haushaltskommission.

Abg. Dittmann hat dazu beantragt, den Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird.

Abg. Emmel (Soz.): Die bisherigen Verhandlungen über die Zensur haben noch zu keiner Besserung geführt. In Elsaß-Lothringen mußten sich die Mitglieder des Landtags verpflichten, keine Kritik an militärischen Angelegenheiten zu üben, andernfalls hätte der Landtag nicht tagen dürfen. Den Reichstagen ist sogar die Behandlung politischer Fragen untersagt. Man stellt also die Parlamente unter die Aufsicht des kommandierenden Generals. Durch die Beschränkungen des Verkehrs, durch das Verbot, sich an öffentlichen Versammlungen zu beteiligen, wird das öffentliche Leben schwer behindert. Den militärischen Notwendigkeiten muß man sich fügen. Aber die Maßnahmen gehen weit darüber hinaus. Die strenge Zensur wird ganz besonders schwer empfunden. Selbst die Berichte über die Sitzungen des Reichstages werden mit großer Vorsicht ausgedrückt. Die Schuld daran liegt an der militärischen Prüfungsstelle in Mülhausen. Selbst Telegramme mit amtlich bestätigten Nachrichten werden tagelang zurückgehalten. Die Zeitungszensur unterdrückt sogar Artikel ganz oder teilweise, die bereits in offiziellen Blättern erschienen haben. Redner beklagt dann die Vorgänge, die zum

Verbot des Parteiblattes in Mülhausen

geführt haben. Die Anordnungen der Zensoren widersprechen sich oft direkt. Ueber Elsaß-Lothringische Fragen darf die deutsche Presse nichts schreiben. Zum Schaden der Presse in den Reichsländern wird die Anordnung des Landes erscheinende Presse geradezu begünstigt. Die Mülhauser „Volkzeitung“ wurde am 2. Mai verboten, weil sie eine Druckschrift ankündigen wollte, die erst am 6. Mai verboten wurde. Dem Blatt wurde nicht einmal gestattet, seinen Lesern das Verbot mitzuteilen. Das Kriegspresserecht hat auf eine Weisung hin völlig versagt. In den Mülhausen, die am meisten unter der Zensur zu leiden haben, heißt u. a. der Braunschwelger „Volkfreund“, den man den Abdruck der Verhandlungen des preussischen Landtags verbot. Die deutsche Zensur nimmt nicht die mindeste Rücksicht auf die Verfassung der Zeitung. Die „Leipziger Volkzeitung“ ist verboten worden, weil sie Verfassungen anstellte über die Verfassung diebstahls. Trotz der Forderung, daß die Zensur in öffentlichen Versammlungen eingelesen werden können, sind solche Versammlungen verboten worden.

Gravenerversammlungen

hat man verboten, die sich mit den Staatsbürgerlichen Rechten der Frauen befassen sollten. Gegen einzelne Personen hat man Reden verboten. Was bedeutet die Meinung nun zu tun? Mit solchen Reben ist es nicht getan; der Reichstag muß ein Wortwort sprechen.

Direktor Lewald verteidigt die Zensur mit militärischen Notwendigkeiten, die in Elsaß-Lothringen besonders stark sind. Daraus erklären sich auch die Beschränkungen, die dem Elsaß-Lothringischen Landtag auferlegt wurden. Strenge Zensur ist gerade in diesem Gebiet unbedingt notwendig. Die Verantwortung ruht auf der Menge der Verbindungen. Die Förderung von Fragen über die Zukunft der Reichsländer ist allen verboten. Der Artikel der „Leipziger Volkzeitung“ war demnach geächtet, daß das Verbot begründet ist. Das Verbot der Herausgabe von Extrablättern der Mülhauser „Volkzeitung“ ist wieder aufgehoben worden. Auch die Steuer-Versammlungen werden jetzt erlaubt.

Abg. Dr. Dertel (Konf.): Die Klagen Emmels waren zum Teil über begründet, aber mit diesen Anklagen muß man sich abfinden. Der Belagerungszustand kann nicht aufgehoben werden. Bei der Zensur scheint man

viel zu weit zu gehen.

Redner trägt eine Reihe Bemerkungen vor und bemerkt dann, daß über die militärische Zensur viel weniger als über die politische Zensur zu sagen ist. Das Verbot von vertraulichen Gesprächen an den Reichstagen ist völlig unverständlich. So kann es nicht weitergehen, sonst kommt man zu einer Unterdrückung des deutschen Volkes. Die Diskussion über die Zensur muß freigegeben werden. Im Interesse des Volkes muß einmal eine etwas freiere Luft wehen; der jetzige Zustand ist untragbar. Wenn ein Reichsamt von der Militärbehörde eine Beschränkung fordert, dann ist dieses Reichsamt dem Reichstag dafür verantwortlich.

Direktor Lewald behauptet, daß das verfassungsmäßige Verfassungsrecht beizubehalten wurde. Wenn aber eine Zeitung, wie die des Professors Schäfer, in einer Auflage von 750 000 Exemplaren zum Zweck der Agitation im Elsaß verboten wird, so ist das ein Verstoß gegen das Verfassungsrecht. Die deutsche Presse bringt trotz der Lebensverhältnisse nichts über Lebensmittelfragen. Das mag dort in der Provinz zutrifft, nicht in der Provinz. Unter dem Reichstanzler steht auch nicht eine Stelle, die sich mit der Zensur zu tun hat, deshalb kann dem Reichstanzler keine Verantwortung zugeschrieben werden. Demnach ist ein Reichsamt eine Zensurmaßnahme, dann natürlich übernimmt es auch in diesem bestimmten Fall die Verantwortung. Die Entscheidung über liegt

Recht beim kommandierenden General.

Abg. v. Trampczyński (Pole) findet es ganz unverständlich, daß ein Staat, der so sehr auf seine Organisation ist, auf dem Gebiet der Zensur eine solche Desorganisation bestände. Ein Aufruf zu einer Sammlung für notleidende Polen ist verboten worden. Alle Versuche, den Grund für dieses Verbot zu erfahren, waren vergeblich.

Abg. Kothe (Soz.) bezeichnet es als eine Tatsache, die Entscheidung von Nahrungsfragen in Versammlungen und in der Presse zu verhindern. In Sachen hat es sich gezeigt, daß in der Abhaltung von Versammlungen nicht die mindeste Gefahr liegt. Jetzt darf man allerdings über Lebensmittelfragen etwas mehr schreiben. Die Zensur wird zu verächtlichartig gehandelt. Was in dem einen Bezirk erlaubt ist, ist im andern verboten. In einem ganzen Reichsbezirk ist eine direkte Verächtlichmachung angeordnet. Das im Ausland auch die Zensur besteht, kann für uns kein Trost sein. Die Zensurvorschriften sind zu zahlreich, daß man sie bei der Haft des Zeitungsbetriebes überhaupt nicht mehr beachten kann. Man muß direkt dran zweifeln, daß die Regierung den ernstlichen Willen hat, die Mängel bei der Zensur zu beheben. In dem Fall der Mülhauser Volkzeitung scheint man direkt darauf ausgegangen zu sein, das Unternehmen zu quäntieren. Die Zensur hat in den meisten Fällen dem Zeitungsweisen keine Rührung, sonst könnte sie nicht,

wie in Waldenburg dazu kommen, die Vorlegung der Manuskripte zu verlangen.

Die Art, wie das Oberkommando in den Marken den „Landarbeiter“ zensuriert, ist ungeschmeichlich. Man frägt das Blatt direkt zu, daß keine Angriffe gegen die Agrarier gebracht werden können. Der Zensur kann nicht das Recht zugestanden werden, über den Inhalt von Petitionen, die an den Reichstag gerichtet sind, zu entscheiden. Das ist eine Verletzung des Petitionsrechtes, gegen die schärf protestiert werden muß. Die Herausgabe der Diskussion der Kriegsziele ist eine Forderung, die wir gern unterstützen. Am besten ist es, den Belagerungszustand überhaupt aufzuheben.

Abg. Tiefing (Fortschr.) bringt zur Sprache, daß der Abg. Götze in der „Volkzeitung“ einen Artikel über die Steuern veröffentlicht hat, der der Zensur Anlaß zum Einschreiten bot. In dem Artikel war die Abweisung der Konserbativen gegen direkte Steuern scharf hervorgehoben.

General v. Bietinghoff in Stettin stellte daraufhin alle Artikel des Abg. Götze unter Zensur.

Während der Rede beschloß die Konserbative Abg. v. Buch fortgesetzt lebhaft Zwischenerufe und gab schließlich unter kühner Herbeikunft zu, daß er der eigentliche Urheber dieser die Konservativen schützenden Maßnahme ist.

In der Fortsetzung der Rede spricht Abg. Dittmann (Soz. Arb.), der sich gegen die Behauptung der Regierung wendet, daß der Reichstanzler für die Handhabung des Belagerungszustandes nicht verantwortlich sei. Diese Deduktion widerspricht direkt dem Wortlaut des Gesetzes, das ausdrücklich bestimmt, daß die Generale für ihre Handlungen verantwortlich sind. Zum Beweise dafür, greift Redner auf die Verhandlungen des Reichstages vom Jahre 1870 zurück. Für die Ausübung der Verwaltungstätigkeit der Generale muß der Reichstanzler die Verantwortung tragen. Mit der

Verrückung der Zensur

wird Mißbrauch getrieben. Ein ungärtlicher Staatsbürger ist in Schutzhaft genommen worden, weil angeblich ein Sohn von ihm in Belgien Spionage getrieben habe. Der Mann behauptet, daß er seine Haft nur dem Einfluß hochstehender Persönlichkeiten verdankt, mit denen er in Differenzen zivilrechtlicher Art geraten ist. Der Redakteur eines effizienten Blattes ist mit Schutzhaft und Einziehung zum Militär bedroht worden, wenn er den Namen des Verfassers eines Artikels nicht nenne. Dem effizienten Reichstagsabgeordneten Gopp, der sich der Sache annahm, ist Schutzhaft und Ausweisung angedroht worden. — Die Presse findet bei den Generalkommandos nicht das verbrochene Entgegenkommen. Bei der Mülhauser „Volkzeitung“ hat man jetzt den beiden letzten Redakteuren die Einberufung zugewiesen und dem Verlag anheimgegeben, bis 1. Juni sich Ersatzkräfte zu suchen. In Halle ist man gegen das sozialdemokratische Blatt eingeschritten, weil im Text eine Lücke gelassen worden war, die der Zensur veranlaßt hatte. Man muß vom Reichstanzler verlangen, daß er diese Zustände beseitigt.

Direktor Lewald hält daran fest, daß der Reichstanzler nicht verantwortlich ist für die Maßnahmen der militärischen Zensurbehörde. In dem effizienten Blatt sei die Militärverwaltung im Recht gewesen. Der „Elsässer Kurier“, um den es sich handelte, sei ein Blatt, das im Sinne der Weisung und Vorkommnisse steht.

Abg. Stresemann: Ganz unverständlich ist die Verrückung der Zensur.

Diese Presse, die in Deutschland verkauft wird, darf ausländische Nachrichten bringen, die zu bringen der deutschen Presse untersagt ist. Wohin soll das führen, die Pressefreiheit völlig zu knebeln. Die Zeitungen dürfen nicht einmal mitteilen, daß sie von der Zensur verhindert werden, ihre Meinungen zu sagen. Die Art, wie die Presse von offizieller Seite mit Nachrichten versorgt wird, führt geradezu auf eine Verletzung der öffentlichen Meinung hinaus. Der amerikanische Vorkämpfer in Berlin hat den Herausgeber einer Zeitschrift mit Zensur bedroht, falls er es wagt, etwas Negatives über ihn zu veröffentlichen. Der deutschen Presse ist sofort verboten worden, solche Mitteilungen zu veröffentlichen. — Die Bestimmungen über die Schutzhaft sind eine Aufhebung der bürgerlichen Freiheit. Das bedeutet

den allerhöchsten Willen.

Diese Uebergriffe zeigen sich bei der Handhabung der Zensur, die sogar auf Dienstblättern ausgedehnt worden ist. Das Petitionsrecht ist schwer gefährdet, wenn die politischen oder militärischen Behörden Petitionen verhindern können, nur deshalb, weil sie in harter Auflage hergestellt werden. Geradezu unerträglich ist es, wenn man versucht, Anträge parlamentarischer Petitionen nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Das muß letzten Endes darauf hinaus führen, den Petenten unter Vorwand der Zensur zu stellen. Trotz aller Kritik im Reichstag ändert sich gar nichts, damit drängt man den Reichstag in die Ecke, die geradezu tödlich ist. Deshalb müssen Erweise gefordert werden, die dem Reichstag für alle diese Dinge verantwortlich sind.

Direktor Lewald stellt noch einmal auseinander, daß das Petitionsrecht nicht veräußert werden soll, aber Mißbrauch soll verhindert werden. Die Frage der Schutzhaft ist schwierig, es kann nicht verlangt werden, daß diesen Verhafteten alles nachgelassen wird. Es muß genügen, daß ein Verdacht gegen sie besteht. Die militärischen Stellen erklären, daß sie auf diese Mittel nicht verzichten können. Das Kriegsministerium ist bereits ermahnt worden, die einzelnen Fälle nachzurufen.

Ein Vertreter des auswärtigen Amtes verteidigt die Zurückhaltung ausländischer Nachrichten damit, daß man die öffentliche Meinung nicht durch unkontrollierbare Meldungen beeinflussen lassen dürfe. — Der amerikanische Vorkämpfer in Schutz zu nehmen, war die Regierung verpflichtet. Als dem amerikanischen Vorkämpfer vorzuerufen wurde, hat sich als halbtägiger Klotz erwiesen.

Abg. Emmel (Soz.): Wenn man diese wichtigen Fragen überhaupt behandelt, dann ist es kein Wunder, wenn die Zensur im Elsaß drücken macht, was sie für gut befindet. Das Einschreiten in die verfassungsmäßigen Rechte des Elsaß-Lothringischen Landtags darf nicht mit einer Handbewegung einfach abgetan werden. Man darf einem General nicht das Recht erlauben, in die Verfassung einzudringen. Redner erklärt, daß es von seinen Vorlesern nicht zu erwarten sei. Im Elsaß hat man von dem Recht der Verhängung der Schutzhaft einen weitgehenden Gebrauch gemacht. Die Verhafteten müssen heute noch nicht, wenn man sie beschuldigt.

Abg. Stöck (natlib.) bringt gleichfalls eine Reihe Klagen über die Zensur vor. Man beschränkt sich nicht nur auf die Herausgabe von Dienstblättern, sondern veranlaßt auch die Post, die bereits vertriebenen Exemplare wieder einzusenden. Die Art, wie die Regierung diese Klagen behandelt, muß entschieden mißbilligt werden. Die Presse wird sogar noch verächtlich, bestimmte Fragen so zu behandeln, daß man das Verbot der Zensur nicht zu erkennen vermag. Mit dieser Art Zensur hat man nur erreicht, daß die Zensur abgelehnt ist.

Direktor Lewald behauptet, daß die Zustände ohne diese Zensur noch schlimmer wären. Redner bekräftigt, daß er die vorgeworfenen Klagen nicht ernst nehmen würde.

Abg. v. Graje (Konf.): Im Elsaß drücken hat man die Kritik an der Zensur freudig begrüßt; man war dort sehr enttäuscht, als man sah, daß die Verhandlungen des Reichstages ohne Ergebnis geblieben sind. Die Krise, die man damit erreicht, erinnert doch recht an die bekannte Aischylerische

Einem Volk, das denartige Opfer bringt, darf man solche Dinge nicht zumuten. In England ist die Kritik viel freier als bei uns. Dort hat man nicht diese Angst vor dem Ausland. Wenn die Verhältnisse Anordnungen erlassen, dann müssen sie auch den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen. Die Regierung wird mit ihren Ausfällungen nirgends auf Verständnis stoßen. Wer in alldemselben Sinne national beiseite ist, wird verachtet, seine Meinung zu sagen; er riskiert, sofort unter Zensur gestellt zu werden. Die Folge ist eine Durchschüttelung privater Briefkasten. Die Konservativen verlangen keine Ausnahme für sich, sondern das Recht der freien Meinungsäußerung für alle. Die Zensur kann nur anerkannt werden für rein militärische Angelegenheiten. Die Regierung muß endlich verbindende Zusagen geben, sonst ist die Freiheit der Reden selbst als

Abg. Dr. Wäcker behandelt die Frage der Schutzhaft

vom staatsrechtlichen Standpunkt aus. Die Polizei hat ebenfalls eine bereits im Elsaß aufgestellte

Liste verdächtiger Personen

übergeben, und die Militärbehörde hat damit die Haft verfügt. Die davon betroffenen Personen sind völlig schutzlos; sie sind inkommunikabel, denen rechtliche Garantien zur Seite stehen. — Die Abschaffung einer Verantwortung für die Zensur ist durch nichts begründet, soweit es sich nicht lediglich um rein militärische Angelegenheiten handelt. Die Zustände in der Lebensmittelfrage werden nicht so schlimm geworden, wenn man die Kritik nicht unterbunden hätte. Noch weit schlimmer als die Zensur ist das Verbot, dem deutschen Volk eine bestimmte Meinung auszudrücken. Es müssen Maßnahmen geschaffen werden, damit der Leser nicht einfach dadurch unrichtig werden können, daß man das Erscheinen einer Zeitung auf Wochen hinaus verzieht.

Direktor Lewald: Die Art der Sammlung von Unterschriften unter die Petitionen des Professors Schäfer, die zu diesem Zweck in Zigarrentuben ausgelegt wurde, war sehr bedenklich. Die Erörterung der Kriegsziele kann nicht freigegeben werden. Doch in der Presse nicht freigegeben werden, kann man wirklich nicht sagen. In parlamentarisch regierten Staaten ist die Zensur weit schlimmer als wie in Deutschland. Bei der Fälle von Einzelheiten ist es gar nicht möglich, daß der Reichstanzler die Verantwortung übernehmen kann. An organisatorischen Einrichtungen werde man nichts ändern können. Das Verfassungsgesetz steht zu ändern, in während des Krieges nicht möglich.

Abg. Weinhausen bezeichnet die militärische Zensur als erträglich. Es im Ausland die politische Zensur freier ist, trifft nicht zu. Man sollte zur Disziplin der deutschen Presse mehr Vertrauen haben. Auch diese Redner bringt eine Anzahl Beispiele dafür vor, wie schwer die Zensur unter der Zensur zu leiden hat. Die Bestimmungen gehen Sonnabend weiter.

Zur Zensur sind eine ganze Reihe Kritiken und Resolutionen gestellt, von denen folgende erwähnt seien:

Sämtliche bürgerliche Parteien beantragen, dafür zu sorgen, daß das Vereins- und Versammlungsgesetz und die Pressefreiheit nur soweit eingeschränkt werden, als dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit unbedingt geboten ist; daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur hergestellt wird; und daß, wo von Militärbehörden auf die Handhabung der Zensur ein Einfluß ausgeübt wird, die zuständigen Behörden und Beamten, kraft der ihnen obliegenden Verantwortung, die schärfsten Maßnahmen nach Maßgabe der beherrschenden Minderheiten betreten.

Die Sozialdemokraten beantragen: noch im gegenwärtigen Tagungsabschnitt den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den die Handhabung der Zensur in nicht-militärischen Angelegenheiten, sowie die Aufsicht über das Vereins- und Versammlungsgesetz während der Dauer des Belagerungszustandes dem Reichstanzler übertragen wird. Die Verantwortung dafür vom Reichstanzler übernommen wird.

Das Zentrum fordert: alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, durch welche 1. die Verhängung der Schutzhaft auf das aus rein militärischen Gründen gebotene Maß beschränkt wird, 2. bei Verhängung der Schutzhaft dem Verhafteten die im ordentlichen Prozedurverfahren gegebenen Rechtsmittel gewährt werden.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beantragt: den Reichstanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird.

Gleichzeitig hat nach der Antrag von Wäcker, den der Reichstag an die Kommission beauftragt hat, dem Reichstanzler bei Beginn des nächsten Tagungsabschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Einwirkung der Militärmacht in das bürgerliche Leben abgeschafft werden und die Verantwortlichkeit für alle Maßnahmen geregelt wird. Der erste Antrag, durch den der Antrag des Zentrums und der von Wäcker wurden angenommen, die übrigen abgelehnt.

Schlesien und Bosen.

Prothensa, 17. Mai. Die Inhaftnahme von Fleisch. Auf Anordnung des Amtverwalters sind, wie dem „Gottesberger Stadtblatt“ berichtet wird, eine polizeiliche Revision der Schlachtereien im hiesigen Amtsbezirk statt. Hierbei wurden in der Privatwohnung der Fleischverarbeiter Friedrich in Rothenbach, gegen dessen Fleisch, 20 große Damerwürste und eine Menge Fleisch und Räucherfleisch vorgefunden. Die Ware wurde beschlagnahmt und den übrigen Fleischern, die ihre Fleischwaren hatten, zum sofortigen Verkauf übergeben.

Bosen, 15. Mai. Goulasch-Kanonen. Auf Anordnung des Oberpräsidenten v. Eichenhart-Rothe wird auch hier demnächst ein Versuch mit fahrbaren Kanonen gemacht werden. Es soll damit trügerische Surve (1 Liter zu 25 Hg.) an die Armeekorps vertrieben ausgeteilt werden.

Schärfste Maßnahmen gegen den Raub und Mord. Wie die „Bohener Neuesten Nachrichten“ von anderer Seite erfahren, sind durch den stellv. kommandierenden General, Graf von Beck und Bolach, sämtliche Polizeiverwaltungen des Kronlandes angewiesen worden, den Verkehr mit Lebensmitteln, Futtermitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs auf das Schärfste zu überwachen. Alle Uebergriffe der letzten Jahre sind schmerzlich zu untersuchen und dem stellvertretenden Generalkommando sofort zu melden; gegebenenfalls sind dann auf Anordnung der Militärbehörde die vorläufige Schließung des betreffenden Reichsgebietes zu erlassen, damit die Verhaftung der Schuldigen erfolgen kann.

Stetwig, 15. Mai. Zurückgehaltene Fleischwaren. Die verdorbenen sind. Der Fleischhandel hat bedauerlicherweise auch in Hindenburg Nachahmung gefunden, wo es der Polizei gelungen ist, der vertriebenen Fleischwaren ca. dreißig Tücher aufzuspüren. Die Waren sind beschlagnahmt, ferner etwa vierzig Kisten mit Fleischwaren aufgefunden. Die entdeckten Waren wurden zwar nur mit Weisung belegt, sind aber als zum großen Teil wertlos zu betrachten, weil bereits Verwesung eingetreten ist. Auch an anderen Orten Ober-Schlesien sieht sich die Polizeibehörde auf Grund solcher Vorkommnisse gezwungen, rücksichtslos gegen die schuldigen Fleischer vorzugehen.

Weschen, 15. Mai. Exhilation. Im hiesigen Schlachthof ereignete sich während der Nacht eine Exhilation. Der Kompressor der Kühlanlage platzte, weil er unter zu hartem Druck stand. Die Wirkung der Exhilation war sehr hart. Von dem Inhalt wurden die Fenster der Kühlanlage herausgerissen und weit fortgeschleudert. Der Kompressor selbst ist zertrümmert. Der Schaden wird auf 10 000 bis 12 000 Mark geschätzt.

Lablitz, 15. Mai. Gasprüngen. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis ist der vielfach mit Zucht haus vorbestrafter Fährer Fall Komor entflohen. Die Nachforschungen nach demselben sind bis jetzt ohne Erfolg gewesen.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Brieg

Arbeiter-Konfektion.
Neumann, R., Döbenerstr. 25, Döb. Markt.
Widner, R., Kiehlstraße 1.

Bierbrauereien.
Brieger Stadtbrauerei A.G.
Königsplatz, Brauhaus, G. G. u. M. N.

Bierverg.
Rung, Gustav, Langestraße 20.

Destillation, Weinhandlung.
Schmidt, Ernst, Langestraße 18.

Fahrräder u. Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppenherstr. 8, Oppenherstr.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Fritz, Carl, Weinstraßen 6.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Fitzler, Carl, Weinstraßen 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Hörsing, L., Schiffstr. 12, Schiffstr.

Kaufhäuser.
Jach, Arth., Ring 30.

Kinderwagen, Korbbwaren u. Bürstenwaren.
Fehl, Walter, Schiffstr. 25.

Kart-, Weiss- u. Wollwaren.
Graf, Hermann, 2. Schiffstr. 27.
Schubert, G., Schiffstr. 30.

Möbel- u. Sarg-Magazin.
Schumann, Christian, Sargstr. 16/17.

Naturbutter, Margarine, Käse.
Witt, Otto, Weinstraßen 54.

Pfefferkücherei.
Witt, O., Schiffstr. 22.

Polsterei.
Höner, Hermann, Langestraße 18.

Restaurant.
Goldener Ring, Weinstraßen 54.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Singer, Eduard, Schiffstr. 27.
Koch, S., Schiffstr. 12.

Uhren und Goldwaren.
Scheider, A., am Markt, Schiffstr. 5.

Zigarren und Zigaretten.
Grottel, H., Sargstr. 16/17.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Dorobchen, Georg, Ede-Göll- u. Langestraße.

Herrngarderobe u. Schuhwaren.
Hüttig, Gottl., Weinstraßen 6 (Kd.-Kont.).

Hüte, Mützen u. Pelzwaren.
Gübler, H., Ring 2.

Kaufhaus.
Glumenthal, Hotel, Schiffstr. 12, Schiffstr.

Manufakturwaren, Damen- und Herren-Konfektion.
Sobell, Nachfolger, Weinstraßen 109.

Milch- u. Butterhandlung.
Karnoth, Gustav, Ring 8.

Möbel.
Wüller, Paul, Weinstraßen 18, 1.

Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Kreusel, Xari, Ring

Papierhandl. u. Buchbinderei.
Schramel, Paul, Ring 30.

Papierhandlung, Postkarten-Zentrale.
Fleiss, E., Schiffstr. 4, Schiffstr.

Posament, Weiss- u. Wollwaren.
Fleiss, Georg, Ring 15.

Restaurateurs.
Weißberg, Paul, Schiffstr. 13.

Schuhwaren.
Fritz, Carl, Schiffstr. 14.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Seifen- u. Waschpulverfabrik.
Graf, Otto, Schiffstr. 4.
Dorn, Otto, Ring 13, Schiffstr.

Tapissiererei, Wollwaren, Wäsche.
Höner, Hermann, Ring 11.

Uhren, Goldwaren, Rathenower Brillen.
Singer, H., Schiffstr. 27 (Grottel).

Woll- und Weisswaren, Damen- u. Herren-Konfektion.
Schubert, G., Schiffstr. 30.

Woll-, Weiss- u. Schuhwaren.
Witt, Otto, Schiffstr. 12.

Zigarren.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Zigarren und Zigaretten.
Fante, G., Weinstraßen 4, Schiffstr.

Peisterwitz Bäckerei.
Griebel, Wilhelm, Lindenstraße 8.

Strehlen Herren- u. Knaben-Garderobe.
Neues Bresl. Bekleid.-Haus, Schiffstr. 21/22.

Trebnitz Bierbrauereien.
Trebnitz Genossensch.-Brauerei, Schiffstr. 1.

Herren-, Arbeiter-Garderobe, Manufakturwaren.
Grottel, Hermann, Langestraße 54, Schiffstr.

Papier-, Galanterie- u. Spielw.
Schlitzer, Georg, Schiffstr. Langestraße.

Nähere Umgebung Breslaus.

Cosel Bäckerei.
Grottel, Carl, Schiffstr. 2.
Grottel, Franz, Schiffstr. 11.

Kolonialwaren.
Scheidt, Max, Schiffstr.

Di.-Lissa-Stabelwitz Arbeiter-Bekleid., Schuhwaren.
Brauer, Carl, Schiffstr. 19.

Brauereien.
Grottel, Hermann, Schiffstr.

Eisen- und Stahlwaren.
Scheidt, Max, Schiffstr. 27, Schiffstr.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Glose, Friedr., Schiffstr.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Scheidt, Hermann, Schiffstr. 19.

Haus- und Küchengeräte.
Scheidt, Max, Schiffstr.

Gasthöfe.
Kraus, W., Gasthof zum weißen Adler.
Willaschek, Anton, Weinstraßen 3.

Manufaktur-, Arbeiterkonf.
Breslauer Engros-Gager, Weinstraßen 10.

Uhren, Gold- und Silberwaren.
Otto, Edgar, Weinstraßen 31, Schiffstr.
Scholz, Hermann, Weinstraßen a. Markt.

Rathen b. Dtsch.-Lissa
Grottel, Hermann, Weinstraßen 54 (Zuf. Raaser).

Hundsfeld Fleischereien.
Grottel, Gustav, Weinstraßen 2.
Wenzel, O., Weinstraßen 20.

Restaurateurs.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Klettendorf-Hartlieb Fahrradhandl., Reparaturw.
Wald, W., Klettendorf, Nähnachstr. 1.
Wald, W., Klettendorf, Nähnachstr. 1.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Restaurateurs.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Lokale a. d. Oder Restaurateurs.
Scheidt, Max, Schiffstr. 27, Schiffstr.
Scheidt, Max, Schiffstr. 27, Schiffstr.

Gr.-Hochbern - Schmiedefeld Bäckerei und Konditorei.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Fleischereien u. Wurstfabrik.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Kolonialw., Drogen, Fahrradw.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Restaurateurs.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Schnittwaren, Kolonialwaren.
Grottel, Hermann, Schiffstr. 14.

Kl.-Mochbern Restauration.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Neukirch - Marla-Höfchen Restorateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Opperau Restaurateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Oswitz Restaurateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Rosenthal-Carlowitz Restaurateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Schottwitz - Friedewalde Restaurateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Gr.-Tschansch Restaurateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Kl.-Tschansch Bäckerei.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Fleischereien u. Wurstfabrik.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Kolonialwaren.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

Woischwitz Restaurateurs.
Hüttig, G., Weinstraßen 6, Schiffstr.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

Am 7. September 1913

Am 7. September 1913

Table with 4 columns: Class, Number, Prize, etc. Contains lottery results for the 7th Prussian-Southern German Class Lottery.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

Am 7. September 1913

Am 7. September 1913

Table with 4 columns: Class, Number, Prize, etc. Contains lottery results for the 7th Prussian-Southern German Class Lottery.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

Am 7. September 1913

Am 7. September 1913

Table with 4 columns: Class, Number, Prize, etc. Contains lottery results for the 7th Prussian-Southern German Class Lottery.